

Stenographisches Protokoll

35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 23. Feber 1984

	Inhalt	
Personalien		Schwarzenberger (160/M); Mag. Ortner, Remplbauer, Schuster
Krankmeldungen (S. 2934)		Hofmann (168/M); Schwarzenberger, Mag. Ortner, Weinberger
Entschuldigungen (S. 2934)		Parnigoni (169/M); Dipl.-Ing. Flicker, Hintermayer, Windsteig
Fragestunde (22.)		Hintermayer (170/M); Mag. Ortner, Remplbauer, Hietl
Land- und Forstwirtschaft (S. 2934)		
Heinzinger (158/M); Probst, Helmut Wolf, Brandstätter		
Dr. Hafner (172/M); Hintermayer, Helmut Wolf, Ottilie Rochus		
		Ausschüsse
		Zuweisungen (S. 2947)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident Mag. **Minkowitsch**.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Maria Stangl, Manndorff, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst, Ruhaltinger, Kottek.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dr. Zittmayr und Dr. Veselsky.

Fragestunde

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen zur Fragestunde. Ich beginne jetzt — 9 Uhr 1 Minute — mit dem Aufruf der Anfragen.

Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen nunmehr zur 1. Anfrage: Abgeordneter **Heinzinger (ÖVP)** an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

158/M

In welchem Ausmaß ist der österreichische Wald durch den sauren Regen geschädigt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Bitte, Herr Bundesminister.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Wir haben etwa 120 000 Hektar alte, bekannte Schadensflächen, die im Raum der Industrien entstanden sind. Die Landesforstdienste setzen heute die Schadensflächen durch forstschädliche Emissionen mit insgesamt etwa 300 000 Hektar an. Ich muß aber hinzufügen, daß sich bei der letzten Konferenz, die in dieser Frage mit Landespolitikern und Vertretern der Forstbehörden durchgeführt worden ist, ergeben hat, daß die Erhebungsmethoden harmonisiert werden sollten, damit die Ergebnisse auch vergleichbar sind.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Heinzinger**: Herr Minister! Wir wissen nun seit langem, daß unsere Wälder schwer geschädigt sind. Wir haben heute gelesen, daß der Präsident der Forstwirtschaft von Schäden im Ausmaß von 440 000 Hektar spricht. An der Frage Holz in diesem Lande hängen insgesamt über 200 000 Arbeitsplätze.

Wir sind alle von tiefer Sorge über dieses Waldsterben erfüllt, und ich muß Sie fragen: Wo bleiben hier die konkreten Maßnahmen der Regierung? Ganz direkt meine Frage — das Immissionsschutzgesetz liegt seit über einem Dreivierteljahr akkordiert von den Ländern vor, und die Regierung entscheidet nicht —: Wann wird hier endlich mit einer wirksamen Maßnahme begonnen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich darf Sie über die Maßnahmen der Bundesregierung informieren; Sie sind offenbar ungenügend informiert. Die Frage berührt mich natürlich ebenso wie alle anderen, die Verantwortung für den Wald haben. Zur Zeit, als über den sauren Regen oder gar über das Waldsterben in den Medien weder gesprochen noch berichtet wurde, hatten wir schon sehr eingehende Debatten — Sie können sich beim Herrn Abgeordneten Deutschmann informieren — bei der Beratung des Forstgesetzes 1975. Österreich ist das erste Land überhaupt, das über die Forstgesetzgebung ganz erhebliche Schritte auf legislativem Gebiet getan hat, um Maßnahmen setzen zu können.

Ich darf darauf hinweisen, daß ein weiterer entscheidender Schritt die Herabsetzung des Bleigehalts im Benzin war. Wir haben den Schwefelgehalt im Heizöl herabsetzen können. Sie wissen, daß durch den Umweltfonds ein ganz entscheidender Schritt getan werden kann.

Was die von Ihnen berührte Frage betrifft, bestehen offenbar noch Meinungsdivergenzen zwischen den Ländern und den befaßten Ministerien. Es wäre wünschenswert, wenn diese rasch ausgeräumt werden.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zweite Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Heinzinger**: Ich muß wirklich

Heinzinger

mit Betroffenheit registrieren, daß Sie sich auf das Forstgesetz 1975 berufen. Es hat fünf volle Jahre gedauert, bis trotz all dieser Alarmmeldungen eine Verordnung zu diesem Forstgesetz — die erste — erlassen wurde. Fünf verlorene Jahre im Kampf gegen das Waldsterben!

Sie berufen sich auf die Herabsetzung des Schwefelgehaltes und wissen genausogut wie ich, daß es früher auf Grund der Verwendung niedrigprozentiger Heizöle weniger SO₂-Emissionen gegeben hat als heute.

Ich frage Sie daher noch einmal bezüglich anderer angekündigter Maßnahmen: Wann endlich werden die neuen Novellen zum Dampfkessel-Emissionsgesetz und zum Forstgesetz erlassen werden?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich bin sehr erstaunt darüber, daß Sie Maßnahmen zum Dampfkessel-Emissionsgesetz hier urgieren. Die ÖVP hat ja gegen dieses Gesetz gestimmt. (*Hört!-Hört!-Rufe bei SPÖ und FPÖ.*) Das dürfte Ihnen ja bekannt sein. (*Abg. Heinzinger: Für ein besseres Gesetz!*) Ginge es nach der ÖVP, dann könnten wir über die Verordnungen gar nicht streiten und beraten, weil wir keine Rechtsgrundlage hätten. Das ist das eine. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Heinzinger: Das ist eine billige Polemik!*)

Herr Abgeordneter! Ich darf Sie darüber informieren — das wissen Sie offenbar auch nicht —, daß die Länder natürlich die Möglichkeit gehabt hätten, bei Altanlagen das Forstgesetz zu vollziehen. Sie haben es nur nicht getan. (*Abg. Heinzinger: Herr Minister, wie wäre es, wenn Sie meine Frage beantworten würden!*)

Ich räume gern ein, daß es ein Problem war, zur 1. Forstverordnung zu kommen. Mehr Bereitschaft etwa bei der Bundeswirtschaftskammer, einen Weg zu finden, der auch für die Wirtschaft gangbar ist und der auch für den Wald notwendig ist, hätte sicher früher zu dieser Forstverordnung geführt. (*Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Probst. Bitte.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Herr Bundesminister! Abgesehen von dieser doppelbödigen Polemik, aber auch abgesehen von den

... (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Nein. Es weiß jedermann, daß doppelbödig nur sein kann, wer zuerst ein Gesetz ablehnt und dann Forderungen auf Grund dieses Gesetzes stellt. Das ist doch das alte Spielchen. (*Beifall bei FPÖ und SPÖ.*) Das, damit wir wieder die Kirche in das Dorf zurückstellen.

Herr Bundesminister! Abgesehen von allen übrigen notwendigen präventiven Maßnahmen gibt es in Kreisen deutscher Medizinwissenschaftler — und das ist das eigenartige daran — seit längerem einen Disput um die Wirkung einer Substanz — es handelt sich um das Glucurono-Gamma-Lacton —, der nachgesagt wird, daß sie imstande sei, geschädigten Bestand, geschädigtes Nadelholz zu regenerieren, weil sie da — und das ist noch nicht ganz klar — substituierend beziehungsweise kurativ wirkt.

Im Zusammenhang damit ist klar, daß eine derartige, ich möchte sagen, von Außenseitern getragene Forschung oder Pseudoforschung nicht sehr zielführend ist. Es wäre in diesem Fall sicher lohnend, wenn das ein Institut oder eine Institution wie ein Ministerium macht.

Im Zusammenhang damit meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wären Sie bereit, sich diesem Problem, eben der Substanz Glucurono-Gama-Lacton, zuzuwenden und einmal nachzusehen von kompetenter wissenschaftlicher Seite her, was es damit für eine Bewandnis hat, ob da etwas heraus schauen könnte, ja oder nein?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich bin sehr gern bereit, diese Frage gründlich prüfen zu lassen. Wir haben viel zu wenig wissenschaftliche Kenntnisse über die Ursachen. Wir haben viel zu wenig Übersicht über die Gewichtung der Schadenseinflüsse, die bestehen.

Nur bin ich der Auffassung, daß wir es uns einfach nicht leisten können, darauf zu warten, bis wir von der Wissenschaft mehr Antwort bekommen. Wir werden auf alle Fälle bei den Emissionen beziehungsweise bei den Immissionen, die in den Wald eindringen, ansetzen müssen, um diese zu verringern. Wir können nicht darauf warten, bis uns die Wissenschaft sagt, welche Einflußgröße die gravierendere ist.

Ich nehme an, daß viele Einflußgrößen

2936

Nationalrat XVI. GP — 35. Sitzung — 23. Feber 1984

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

zusammenwirken und daß gemeinsam diese sehr ernste Situation bewirkt wird durch diese Schadeinflüsse, die vom SO₂ kommen, von den Stickoxiden, von den Schwermetallen, es ist die Ozonfrage noch ungenügend geklärt. Ich bin gern bereit, auch diese Frage in meinem Ressort prüfen zu lassen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage. Herr Abgeordneter Wolf. Bitte.

Abgeordneter **Helmut Wolf** (SPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben gerade erklärt, daß verschiedene Einflüsse, die die Schädigung des Waldes bedingen, derzeit überhaupt noch nicht feststellbar sind.

Welche Rückschlüsse erwarten Sie über den Zustand des österreichischen Waldes aus dem forstlichen Bioindikatornetz, insbesondere unter dem Aspekt, daß nicht nur Schwefel, sondern auch andere Schadstoffe waldschädigend wirken?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Das Bioindikatornetz ist ein anspruchsvoller Ausdruck für etwas sehr Einfaches: In einem quadratischen Raster werden in allen Teilen der Republik Österreich Punkte festgesetzt, wo Fichten in der Natur ausgesucht werden, und an diesen Bäumen werden Nadelproben entnommen in verschiedenen Höhenbereichen der Fichten. Diese Nadelproben werden analysiert, zunächst auf SO₂. Das wird die entscheidende Aussage sein, die wir dann etwa im April zur Verfügung haben, und diese Untersuchungen sollen fortgesetzt werden.

Damit ist aber sicher nicht alles getan. Wir werden auch Bodenproben ziehen, um vor allem die Schwermetallbelastung feststellen zu können. Ich glaube, flächendeckende Untersuchungen dieser Art wären auch im benachbarten Ausland wünschenswert. Liechtenstein übrigens macht das, wie ich mich erst kürzlich überzeugen konnte, denn die Fragen, wie man dem Waldsterben begegnen kann, sind natürlich Fragen, die sich in allen europäischen Industriestaaten stellen, wir sollten da gemeinsam vorgehen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Brandstätter. Bitte.

Abgeordneter **Brandstätter** (ÖVP): Herr Bundesminister! Es ist wirklich erschütternd, daß Sie angesichts der Tatsache, daß auch in

Österreich bereits Tausende Hektar Wald zugrunde gehen, nichts anderes tun, als Ausflüchte zu suchen und von der Regierungsbank zu polemisieren.

Tatsache ist, daß Sie seit 1975, seit hier einvernehmlich das Forstgesetz beschlossen wurde, Möglichkeiten hätten, entsprechende Verordnungen zu erlassen beziehungsweise mitzuwirken, daß Ihre Regierungskollegen die entsprechenden Verordnungen erlassen.

Tatsache ist weiters, daß Sie die Verordnung, die Sie erlassen haben, im zu geringen Ausmaße erlassen haben. Sie haben selber gesagt, daß auch das Blei im Benzin eine schwere Belastung darstellt. Momentan schaut es so aus, daß durch den Zusatz von giftigen Chemikalien dieser Bleizusatz eben erspart werden soll.

Sind Sie nicht auch der Überzeugung, daß es richtiger wäre, einen Zusatz von Biosprit zu geben, damit man sich das Blei anstatt der giftigen Chemikalien ersparen kann. Man könnte dadurch zahlreiche Arbeitsplätze schaffen und außerdem, wie gesagt, die Gesundheit dadurch wesentlich fördern.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich habe kürzlich einem Landesrat, der Ihrer Partei angehört, das tun ja fast alle, gesagt, ich wäre sehr glücklich, wenn er wenigstens das vollziehen würde, was er an gesetzlichen Grundlagen zur Verfügung hat, dann wären wir sicher besser dran. (*Abg. Brandstätter: Also wieder nur Ausflüchte!*)

Wenn Sie das als Ausflüchte bezeichnen, kann ich es nicht ändern, aber die Vollziehung liegt nun einmal bei den Bundesländern. Ich kann das Gesetz nicht vollziehen. Sie wissen, daß das der Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung ist.

Bezüglich Ihrer Frage möchte ich Sie aufklären. Sie waren, glaube ich, mit dabei, als die Enquete, die parlamentarische Enquete zum Biosprit durchgeführt wurde. Ich bin sehr dafür, daß wir in der Frage des Biosprits weiterkommen. Aber leider ist es nicht so, daß der Alkohol das Blei ersetzen könnte. Das ist leider nicht so, sonst wären wir etwas weiter. (*Abg. Heinzinger: Aber die Stickoxide und die sind viel schwerer!*) Der Alkohol wird dazu führen, daß die Stickoxide reduziert werden, das ist das große Plus und ist

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

sehr deutlich bei dieser Enquete gesagt worden, aber Bleiersatz kann der Alkohol leider nicht sein. Darf ich Ihnen das sagen? — Danke sehr.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen zur 2. Anfrage: Herr Abgeordneter Hafner (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

172/M

Sind Sie bereit, eine Bestandsaufnahme des österreichischen Waldes durchzuführen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Sie wollen von mir wissen, ob ich bereit bin, eine Bestandsaufnahme des österreichischen Waldes durchzuführen. Ich darf Ihnen sagen, daß die österreichische Waldstandsaufnahme in Europa vorbildlich ist, wir haben sie seit einem Vierteljahrhundert.

Wir begannen damit zu Beginn der fünfziger Jahre. Ich kann mich erinnern, als ich Student war, sind viele meiner Kollegen bei der Waldstandsaufnahme untergekommen, wir haben also ein gut eingeführtes System der Erfassung des Bestandes des österreichischen Waldes.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. **Hafner**: Herr Bundesminister! Spätestens seit 1975, also seit der letzten Forstgesetznovelle, sind Sie jedenfalls, um an die vorhergehende Diskussion anzuschließen, der oberste Waldschützer unserer Republik und tragen daher die höchste Verantwortung.

Und wenn wir heute lesen, daß in Österreich bereits 12 Prozent des Waldes geschädigt sind und jährlich zusätzliche Steigerungen festzustellen sind, dann müssen wir in der Öffentlichkeit feststellen, da geschieht nichts, der Landwirtschaftsminister schaut zu.

Und jetzt möchte ich Sie konkret im Anschluß an meine erste Frage fragen — diese Waldstandsaufnahme 1950/1960 hatte ja einen anderen Grund, heute ist der Umweltschutz die vordergründige Frage —: Sind Sie bereit, arbeitslose Forstakademiker, arbeitslose Forstschulabsolventen, in den Dienst aufzunehmen, um rascher zu jenen Ergebnissen und zu jenen Aussagen zu kommen, die Sie

früher reklamiert haben, da Sie noch nicht wissen, was Sie eigentlich tun sollten, um unseren Wald zu schützen, daß wir also schneller exakte Grundlagen haben, damit wir tatsächlich und damit Sie endlich wissen, was Sie zu tun haben.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Auch Sie darf ich, entschuldigen Sie, wenn ich das tue, über die Verfassungslage informieren. Ich bin nicht der oberste Waldschützer seit dem Forstgesetz 1975. Unsere Verfassung sieht vor, daß Angelegenheiten des Forstwesens Angelegenheiten des Bundes sind. Das gilt also für alle meine Vorgänger, nur liegt die Vollziehung in mittelbarer Bundesverwaltung bei den Ländern.

Ihre Frage hat an und für sich nichts mit der Bestandsaufnahme zu tun, aber ich bin gerne bereit, Ihnen zu sagen, daß wir für die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Bio-Indikatornetz und mit den dann weiterreichenden Aufgaben der Analysen von Bodenproben zusätzliches Personal brauchen. Ich habe mit der Universität für Bodenkultur Gespräche geführt, mit den Studentenvertretern, und wir werden eine Lösung für diese Aufgabe, die jetzt massiert zu bewältigen ist — wenn Sie so wollen, sind wir in einer ähnlichen Situation wie seinerzeit, als die Waldstandsaufnahme begonnen wurde —, finden. Das darf ich Ihnen sagen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter Dr. **Hafner**: Herr Bundesminister! Dieses Bio-Indikatornetz, wie es schon angesprochen wurde, hat ja nur den Schwefel zum Gegenstand der Untersuchung. Das ist ja ein sehr schwacher Punkt dieser ganzen Unternehmung — obwohl sie durchaus zu begrüßen ist —, denn wir wissen ja, daß nicht nur Schwefel, sondern auch Chlor, Fluor, Stickoxide, Ozon, die Schwermetalle Blei und Kadmium und schließlich auch die Salzstreuung für den Waldbestand und für die Zukunft des Waldes von ganz besonderer Bedeutung sind.

Ich frage Sie daher: Werden Sie entsprechende Maßnahmen ergreifen, Weisungen erteilen, daß jene exakten Untersuchungen, damit wir endlich wissen, was mit unserem Wald wodurch und durch wen geschieht, daß diese Untersuchungen so ausgedehnt werden,

2938

Nationalrat XVI. GP — 35. Sitzung — 23. Feber 1984

Dr. Hafner

daß auch diese Schadmissionen genau festgestellt werden können?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Wir machen in Österreich Gott sei Dank mehr als irgendwo anders, wenn man vielleicht von Bayern absieht. Diese Einschränkung möchte ich machen. Aber für ein gesamtes Staatsgebiet brauchen wir uns wirklich nicht zu verstecken.

Ich möchte die SO₂-Frage nicht herunterspielen. Wir sollten schon sehen, daß das eine Kernfrage überhaupt ist. Es ist richtig, daß über die Nadelanalysen zunächst das SO₂-Problem genauer analysiert und untersucht wird. Ich habe schon vorhin bei einer anderen Frage gesagt, daß wir natürlich auch Bodenproben ziehen werden, um schon die Belastung der Böden selber genauer kennenzulernen, und ich darf Ihnen auch mitteilen, daß wir im Vorjahr eine Schneeanalyse durchgeführt haben — Schneeproben aus ganz Österreich wurden untersucht —, und diese Schneeanalysen haben uns auch sehr gute Informationen gegeben, etwa über die Belastung durch Schwermetalle entlang der Verkehrswege.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer. Bitte.

Abgeordneter **Hintermayer** (FPÖ): Herr Bundesminister! Wird die Forstinventur fortgesetzt, und wann ist das nächste Ergebnis zu erwarten?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Die Forstinventur wird natürlich fortgesetzt. Wir werden die Revisionszeiträume verkürzen. — Das waren bisher zehn Jahre, in Hinkunft werden es fünfjährige Zeiträume sein —, sodaß wir nach kürzeren Abständen Informationen zur Verfügung haben.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Wolf. Bitte.

Abgeordneter **Helmut Wolf** (SPÖ): Wenn der Kollege Dr. Hafner vorher die Aufnahme weiterer Forstingenieure zur Bewältigung des Waldproblems urgiert hat, so ist diese Frage an den Minister sicher nicht richtig. Er sollte sie vielmehr an die Landesagrarrreferenten

stellen, die in acht Bundesländern der ÖVP angehören.

Ich kann zum Beispiel vom Land Vorarlberg sagen, daß die im Forstgesetz 1975 vorgesehenen Waldentwicklungspläne heute noch in keinem Bezirk abgeschlossen sind, mit der lapidaren Begründung: weil aus personellen Gründen es bisher nicht möglich war. (*Rufe bei der ÖVP: Frage! — Abg. Dr. M o c k: ... Vollziehung der Bundesregierung!*)

Herr Bundesminister! Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie die Frage stellen: Ist aus den bisherigen Waldstandsaufnahmen mit gravierenden Ergebnissen zu rechnen, beziehungsweise was läßt sich bisher zur Verbesserung des Waldzustandes ableiten?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Waldstandsaufnahme gibt ja Auskunft über alle relevanten Fragen im Zusammenhang mit der Waldverfassung. Bemerkenswert ist, daß die Waldfläche an sich zunimmt, allerdings nicht die Waldfläche des Ertragswaldes, sondern die des Schutzwaldes außer Ertrag. Hier kommt zum Ausdruck, daß viele Almen zuwachsen und aus derzeitigem Almboden Wald wird.

Wir haben einen Holzvorrat, der steigt: 757 Millionen Festmeter in der ersten Periode 1961 bis 1970 und 803 Millionen Festmeter in der Periode 1971/1980.

Natürlich steigt der Durchschnittsvorrat je Hektar. Wir haben jetzt 254 Festmeter pro Hektar gegenüber 234. Wir stehen in Österreich sehr gut da. Der österreichische Wald wird gut bewirtschaftet, und wir sollten bei der ernsten und notwendigen Debatte über die Immissionsschäden nicht übersehen, daß wir sehr erfreuliche Verhältnisse bei unserer Waldbewirtschaftung haben.

Was mir Sorgen macht, das ist die erhebliche Vergrößerung der Schälsschäden durch das Rotwild: 57 Millionen Stämme in der ersten Untersuchungsperiode, 106 Millionen Stämme im folgenden Dezennium 1971 bis 1980. Das bereitet mir große Sorgen. Wir dürfen die übrigen waldschädigenden Erscheinungen angesichts der notwendigen Diskussion über die Immissionen nicht überdecken.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Rochus.

Abgeordnete Otilie **Rochus** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Minister! Einleitend möchte ich dem Herrn Abgeordneten Wolf sagen, daß das Forstwesen eindeutig Bundessache ist, denn der Minister hat die oberste Weisungsbefugnis. Ich glaube, das muß man dem Herrn Abgeordneten Wolf sagen. (*Widerspruch bei der SPÖ.*)

Herr Minister! Wir alle wissen ganz genau um den besorgniserregenden Schädigungszustand des österreichischen Waldes. Und wir wissen auch ganz genau, daß er ein Umweltindikator ist, der nicht nur eine wirtschaftliche Bedeutung hat, sondern unseren Lebensraum sichert. Das muß man unterstreichen.

Im Zusammenhang mit der Bestandsaufnahme und der Frage des Bio-Indikatornetzes möchte ich Sie, Herr Minister, fragen, ob Sie daran denken, dieses Bio-Indikatornetz, den Raster, einheitlich in ganz Österreich aufzuteilen. Ich habe nämlich gehört, daß es in manchen Gebieten 16 Kilometer, in anderen 5 Kilometer sind, sodaß die einheitliche Untersuchung, so glaube ich, noch nicht ganz gegeben ist und die Ergebnisse der Nadelproben sehr lange auf sich warten lassen. Ähnlich verhält es sich auch bei der Schneeanalyse; von dieser wissen wir auch noch nicht alles ganz genau.

Die Frage konkret: Wollen Sie, Herr Minister, ein einheitlich dichtes Bio-Indikatornetz errichten?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Sie sagen richtig, Frau Abgeordnete, daß der derzeitige Raster, diese 16 Kilometer, Grundlage hat. Wir haben in bestimmten Bereichen Verdichtungen des Rasters; das ist vernünftig und zweckmäßig. Ich weiß nicht, ob wir so rasch den Weg gehen könnten, für ganz Österreich den Raster zu verdichten. Wünschenswert wäre es selbstverständlich, das ist gar keine Frage. Wenn die Länder den Bund stärker unterstützen, auch finanziell, dann werden wir rascher vorankommen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.*) Ja sicher. Das kann man nur gemeinsam bewältigen, denn die Luftreinhaltung ist auch eine Kompetenz der Bundesländer. Hätte man früher Luftreinhaltungsgesetze rigoros gemacht, stünden wir heute besser da. (*Abg. Heinzinger: Immer die Bundesländer! — Weiterer Zwischenruf des Abg. Dr. Hafner.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen

zur Anfrage 3: Abgeordneter Schwarzenberger (ÖVP) an den Herrn Bundesminister.

160/M

Was werden Sie tun, um die starken Einkommensverluste der Bergbauern abzubauen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Bergbauern haben es sehr schwer. Das ist ja auch der Grund, weshalb die gegenwärtige Bundesregierung und die Bundesregierungen seit 1970 die Bergbauernförderung in den Vordergrund gerückt haben. Es gibt sicherlich Einkommensdifferenzen gegenüber den übrigen bäuerlichen Betrieben in Österreich; diese bestehen. Aber von „starken Einkommensverlusten“ der Bergbauern zu sprechen, das ist schon ein starkes Stück!

Darf ich Ihnen sagen, wie es aussieht. Sie müssen ja einen längerfristigen Zeitraum nehmen; darüber sind wir uns doch wohl einig. Von 1975 bis 1982 ist das Einkommen der Bergbauern im Mittel aller drei Erschwerungszonen real um 2,9 Prozent im Jahr gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben alle Haupterwerbsbetriebe, also sämtliche Betriebe in Österreich, eine jährliche reale Einkommenssteigerung von 2,3 Prozent erreicht. Das ist also die Situation. Ich darf Ihnen nur sagen: Wir werden diese Bergbauernpolitik fortsetzen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage.

Abgeordneter **Schwarzenberger**: Herr Minister! Es ist natürlich ein Unterschied, ob 2 Prozent von 4 000 S oder 2 Prozent von 15 000 S als Einkommenserhöhung bemessen werden. Wir hatten im Hochalpengebiet im Jahre 1981 einen realen Einkommensrückgang von 2 Prozent, und im Jahre 1982 waren es 11 Prozent. Laut Grünem Bericht 1982 stammen etwa 74 Prozent der Einkommen aus der Landwirtschaft in den Haupterwerbsbetrieben, 18 Prozent aus dem Zuerwerb und 8 Prozent aus öffentlichen Zuschüssen.

Es sind infolgedessen die Preise für die Produkte auch für die Bergbauern das Ausschlaggebende. Wir haben auf dem Salzburger Schlachtviehmarkt bereits seit Anfang Dezember den Kuhpreis unter der Preisbanduntergrenze. Und wir haben 52 000 Bauern in Österreich, die eine Richtmenge von weniger als 10 000 kg haben.

Ich frage Sie daher, Herr Minister: Sind Sie

1940

Nationalrat XVI. GP — 35. Sitzung — 23. Feber 1984

Schwarzenberger

bereit, durch entsprechende Exportförderung die Viehpreise an die Preisbandmitte heranzuführen, und sind Sie bereit, durch die Einrechnung der Importe in die Richtmengenregelungen und durch die Anhebung der Exportfinanzierung des Staates von 16 auf 18 Prozent einen Härteausgleich für besonders finanzschwache Bergbauern herbeizuführen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Noch einmal zur Einkommensentwicklung, weil Sie neuerlich darauf Bezug nehmen. Man kann doch wohl nur das Gesamteinkommen rechnen: pro Betrieb in den bergbäuerlichen Betrieben 1978 181 000 S, 1980 217 000 S, 1982 230 000 S.

Zu Ihren konkreten Fragen: Die Einrechnung der Importe ist so ohne weiteres nicht gut möglich. Ich darf Sie daran erinnern, daß in meiner Gesetzesvorlage, die ich über die Regierung ins Parlament gebracht habe, diese Einrechnung vorgesehen war. Es waren die Vertreter der ÖVP, die die Auffassung vertreten haben, wir sollten das nicht tun und eher den Staatsanteil erhöhen. Das ist dann geschehen, das haben wir dann gemacht.

Die Förderung der Rinderexporte geht natürlich weiter wie bisher. Ich habe bei den Zuchtrindern erst kürzlich die Länder gebeten, im Rahmen des Limits, das der Bund gibt, ihre Stützung zu erhöhen, weil der Bund dann in gleicher Höhe mitgeht. Ich darf Ihnen sagen, daß diese Limits nicht voll ausgenützt sind. Wir haben ja bei den Schlachtrindern ein ausgezeichnetes Ergebnis gehabt; bei den Zuchtrindern waren die Exportziffern weniger befriedigend. Wenn die Länder das Limit voll ausschöpfen, wobei der Bund den gleichen Betrag bezahlt, dann wären wir besser dort dran, wo wir eine Schwäche haben, nämlich bei den Zuchtrindern.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Schwarzenberger**: Herr Minister! Bei der Novellierung der Marktordnungsgesetze 1982 hat die Volkspartei — und tut das auch jetzt — eine Einrechnung der Importe gefordert. Zur Exportsituation: 1972, als die Assoziierung der österreichischen Wirtschaft mit der EWG zustande kam, wurde vereinbart, daß sich der Agrarhandel ausgeglichen fortentwickeln sollte. 1972 haben wir Agrarprodukte von 4 Milliarden Schilling aus

den Ländern der EWG importiert und 3,5 Milliarden exportiert. Im vergangenen Jahr lagen die Importe bei 12 Milliarden, die Exporte bei 6 Milliarden Schilling. Wir sind also bei der EWG keine Bittsteller, sondern potente Kunden. Ich frage Sie deshalb, Herr Minister: Sind Sie bereit, mit Brüssel Verhandlungen aufzunehmen, damit verbesserte Exportmöglichkeiten Österreichs und auch eine entsprechende Ausnützung der GATT-Kontingente für die EWG erreicht werden können?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Die Einrechnung der Importe hat die ÖVP im Jahre 1978 hinausreklamiert; sie hat dafür einen etwas höheren Bundesanteil bekommen. Das stimmt. Mit der EG in Brüssel verhandle ich unentwegt, aber ich kann ja nicht alle 14 Tage nach Brüssel fahren. Es ist vorgesehen, daß ich im April neuerlich einen Termin beim EG-Agrar-Kommissar Talsager habe. Das Hauptproblem ist die Frage der Rinder insgesamt: NutZRinder, Zuchtrinder, Schlachtrinder. Wir wollen für unser Handelsregime mit der Gemeinschaft in der Rinderfrage eine neue Lösung anstreben. Ich bin mit Ihnen einer Auffassung, daß die Handelsentwicklung mit der EG in diesem Bereich nicht harmonisch verlaufen ist.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Ortner. Bitte sich immer rechtzeitig zum Mikrofon zu stellen, damit ich weiß, wer drankommt.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Jawohl, Herr Präsident. — Sehr geehrter Herr Minister! Wiewohl die Frage der Fleischexporte und des Milchmarktes gerade für die bergbäuerlichen Betriebe das hervorstechendste Einkommensprinzip ist, so glaube ich trotzdem, daß es im Bereich der Bergbauern auch andere Möglichkeiten gibt, zu Erträgen zu kommen.

Welche anderen Vermarktungschancen sehen Sie in Ihrem Ministerium für die bergbäuerlichen Bereiche?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Wir müssen das schon so sehen, daß für die Bergbauern, also in den Bergregionen, die Alternativen sich wesentlich weniger anbieten als in den anderen

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Agrarregionen, einfach durch das Klima, durch die Bodenverhältnisse, durch die Topographie. Ich glaube, daß die Bergbauern nach wie vor vor allem auf Vieh, Fleisch und Milch angewiesen sein werden. Deshalb ist es ja so wichtig, daß wir uns dort, wo es Alternativen gibt, wo man etwa in die Mast gehen kann, mit diesen befassen, damit dort, wo die Mast nicht mehr möglich ist, weil kein Feldfutterbau möglich ist, Milch, Vieh und Fleisch den Bauern bleibt.

Aber natürlich gibt es Alternativen. Wir fördern die Schafhaltung. Es gibt die Frage der Damwildhaltung, die wir auch gefördert haben. Es gäbe Möglichkeiten etwa im Arzneipflanzenbau, und es gibt sicher vieles andere; wir müssen uns da einiges einfallen lassen. All diese Möglichkeiten sind jedoch nur marginale Größenordnungen, die in der Summe zur Entlastung führen. Aber im Berggebiet — ich sage das noch einmal — werden wir auch in der Zukunft auf diesen drei Produktionsgrundlagen arbeiten müssen, nämlich Holz, Vieh und Milch.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Remplbauer, bitte.

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Daß es Ihnen während Ihrer Amtsperiode von 1975 bis 1982 auch durch Ihre Maßnahmen gelungen ist, die bergbäuerlichen Einkommen gegenüber den Vollerwerbsbetrieben zu steigern, haben Sie ja schon zum Ausdruck gebracht. Denn 3 Prozent Einkommensteigerung in der Agrarpolitik auf einen längerfristigen Zeitraum gesehen sind eine beachtliche Ziffer und ein beachtlicher Erfolg.

Herr Bundesminister! Eine wesentliche Komponente für das bergbäuerliche Einkommen stellt natürlich der Holzpreis dar. Ich darf Sie daher in diesem Zusammenhang fragen: Wie haben sich Holzimport und Holzexport im abgelaufenen Jahr entwickelt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Zunächst zur Holzmarktlage überhaupt. Es ist erfreulicherweise so, daß die Holzexporte ganz erheblich gestiegen sind. Wir haben im Vorjahr 402 Millionen Kubikmeter Holz exportiert, das sind um 19 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Das heißt, die Holzkonjunktur ist wieder da, aber es ist zunächst eine Mengenkonjunktur. Inzwischen zeigt sich aber, daß auch die Preise steigen, und das ist für

die waldbesitzenden Bauern dann das Entscheidende.

Beim Import sieht es so aus, daß wir im Vorjahr 1,44 Millionen Festmeter Nadelrundholz exportiert haben, das waren um 2 Prozent mehr als 1982.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Schuster. Bitte.

Abgeordneter **Schuster** (ÖVP): Von der Bergbauernromantik allein werden unsere bergbäuerlichen Familien in Zukunft nicht das Notwendige erwirtschaften können.

Sie haben vorhin gesagt, Sie werden die bewährte Bergbauernpolitik fortsetzen. Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Sind Sie bereit, in Zukunft auch die Forstflächen in die Mineralölsteuerrückvergütung miteinzubeziehen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Nein, das wird nicht zweckmäßig sein. Das haben schon mein Vor-, Vor-, Vorgänger Bundesminister Dr. Schleinzner aus guten Gründen und auch die Minister vorher ablehnen müssen. Das ist ja keine Frage von heute. Die geht 20 Jahre zurück. Das werden wir nicht tun können aus einer Reihe von Gründen. (*Abg. Brandstätter*: *Wie viele ASVG-Novellen sind in der Zwischenzeit schon gekommen! Da hat man auch nicht gesagt: Das muß so bleiben!*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Am Wort ist jedenfalls der Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden** (*fortsetzend*): Ich darf feststellen, daß diese Frage in einem Gesetz geregelt ist. Wir haben pauschalierte Beträge. Für die Forstwirtschaft ist die Abgrenzung sehr schwer möglich. Es gibt auch, was den Verbrauch betrifft, eine völlig andere Situation, weil das Holz bis zur Forststraße geliefert und von der Forststraße dann abtransportiert wird. Die Belastung der öffentlichen Wege ist nicht ganz vergleichbar mit der Belastung der öffentlichen Wege im landwirtschaftlichen Bereich. Diese Frage wird sicher nicht lösbar sein.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir kommen zur 4. Anfrage: Abgeordneter Hofmann (SPÖ) an den Herrn Bundesminister.

168/M

Wie hoch ist der Anteil der öffentlichen Zuschüsse am Gesamteinkommen der Bergbauern?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Bundesminister, darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Der Anteil der öffentlichen Zuschüsse am Bergbauerneinkommen, am Gesamteinkommen beträgt in der Erschwerniszone II 6,4 Prozent, in der Erschwerniszone III 10,6 Prozent. Er ist also schon sehr beachtlich.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter, Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Hofmann**: Herr Minister! Die Praxis hat gezeigt, daß die Erschwerniszone III bei den Bergbauern ziemlich breit gefächert ist und in den extremen Lagen doch verstärkte Hilfe notwendig ist. Deswegen die Pläne zur Einführung der IV. Erschwerniszone.

Herr Minister, ich möchte Sie fragen: Wie ist der derzeitige Stand für die Einführung der IV. Erschwerniszone?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Es haben erst kürzlich Besprechungen mit der Präsidentenkonferenz der Landeslandwirtschaftskammern stattgefunden. Die Vorarbeiten sind so weit gediehen, daß wir diese Arbeit in Angriff nehmen können. (*Abg. Helga Wieser: Da wurde es abgelehnt!*) Abgelehnt wurde es bitte nicht. Das wäre ja sehr traurig für die Bergbauern, wenn die Präsidentenkonferenz das abgelehnt hätte. Es ist nicht abgelehnt worden. Ich muß die Präsidentenkonferenz in Schutz nehmen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Abgeordneter, Zusatzfrage, bitte.

Abgeordneter **Hofmann**: Herr Minister! Sie können sich ja vorstellen, daß im Hinblick auf die neue Marktordnung besonders in den Bergbauerngebieten die Diskussionen um die Milchkontingente heißlaufen. Vor allem in den Hochlagen sind die Bergbauern fast ausschließlich auf die Milchproduktion angewiesen. Es wird in letzter Zeit immer wieder vermißt, daß es vor allem seitens der bäuerlichen Interessenvertretungen noch keine konkreten

Überlegungen bezüglich der neuen Milchkontingentierung gibt.

Meine Frage deshalb an Sie, Herr Minister: Welche Überlegungen gibt es seitens der Regierung, um freiwerdende Milchkontingente in die grünen Hochlagen der Bergbauerngebiete zu verlagern?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ich habe die Novellen vor wenigen Tagen der Begutachtung zugeleitet. In dieser Frage sieht das Marktordnungsgesetz vor, daß freigewordene Richtmengen nicht mehr nach dem Ausmaß der Überlieferung vergeben werden. Das war ja offenbar der schwerwiegende Fehler im alten System, weil er zu immer mehr, zu immer höheren Milchlieferungen geführt hat. Die Novelle sieht vor, daß bis zu 40 000 kg vergeben wird, aber gebunden an die Grünfläche.

Das scheint mir ganz entscheidend zu sein. Damit ist gesichert, daß diese Milchmengen doch in die Regionen kommen, wo wir sie ganz besonders brauchen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Schwarzenberger. Bitte.

Abgeordneter **Schwarzenberger** (ÖVP): Herr Minister! Ein Viertel der Zone-III-Betriebe und ein Drittel der Zone-II-Betriebe haben im vergangenen Jahr beziehungsweise auch im Jahr 1982 den Bergbauernzuschuß wegen Überschreitung des fiktiven Einheitswertes nicht erreicht. Es gibt Landesförderungen in Salzburg, die Mehrprämien zwischen 800 und 1 500 S pro Hektar, den Zuschuß für die Erhaltung eines Kilometer Güterweges von 22 000 S pro Kilometer und Jahr enthalten. Hier ist kein fiktiver Einheitswert eingebaut.

Ich kann mir einen fiktiven Einheitswert für die Staffelung vorstellen.

Sind Sie bereit, Herr Minister, vorzusorgen, daß die Nebenerwerbsbauern im Berggebiet in Zukunft auch den Bergbauernzuschuß erhalten?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Um die Nebenerwerbsbetriebe kümmern wir uns

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

ganz besonders, das darf ich für die Regierung sagen.

Natürlich legen wir Wert darauf, daß wir den Nebenerwerbsbauern, die etwa bei der Wildbachverbauung tätig sind, die in die Forstwirtschaft oder in die Schlägerungsakorde gehen, daß wir diesen Menschen helfen.

Aber es kann nicht der Sinn der Sache sein, daß Architekten, Filmschauspieler und andere oder etwa ein Hotelier, der doch sein Auskommen hat, dann den Bergbauernzuschuß bekommen. Wir brauchen auch eine soziale Komponente, und um die geht es uns. Da sind wir immer verschiedener Meinung. Wir müssen auch den sozialen Aspekt sehen, und wir müssen vor allem jenen helfen, die am meisten gefährdet sind. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Die Direktzuschüsse des Bundes an die Bergbauern stellen einen sehr wesentlichen Teil des gesamten bergbäuerlichen Einkommens dar.

Können Sie uns bitte mitteilen, wie viele Betriebe 1983 in den Genuß der Bergbauernförderung, der Prämien gekommen sind?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Wir haben im Vorjahr 58 500 landwirtschaftliche Betriebe gehabt, die den Bergbauernzuschuß überwiesen erhalten haben. Davon waren 23 500 in der Zone II und 35 000 in der Zone III.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Weinberger, bitte.

Abgeordneter **Weinberger** (SPÖ): Herr Bundesminister! Der Abgeordnete Schuster von der ÖVP sprach vorhin von einer praktizierten Bergbauernromantik, die wir in den letzten Jahren durchgeführt haben. Ich glaube eher, wir haben eine ausgezeichnete Bergbauernpolitik für unsere Bergbauern betrieben. Das 1. Bergbauernsonderprogramm, Kollege Staudinger, dann das zweite, und jährlich sind jetzt im Budget seit 1982 über eine Milliarde Schilling enthalten. Ich freue mich als Tiroler Abgeordneter, daß es auch zu

einem weiteren Ausbau kommt, wie ich gerade gehört habe. *(Abg. Otilie Rochus: Frage!)*

Eine jener Fragen, die wir schon viele Jahre mit unserem Herrn Bundesminister und mit den Beamten besprochen haben: die Einführung einer Bergbauernzone 4.

Herr Bundesminister, eine Frage zusätzlich zu den bäuerlichen Einkommen. Welche Rolle spielt eigentlich das Einkommen aus dem Fremdenverkehr im Bereich der Bergbauernbetriebe?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Bei den Alternativen, die möglich sind, habe ich vielleicht eines übersehen; das war eine Frage, die vorangegangen ist. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Ich bin schon vorbereitet. Ich brauche auch nicht allzuviel Vorbereitung, ich bin jetzt so lange in dem Geschäft, ich bin der längstdienende Landwirtschaftsminister in Europa. Glauben Sie, daß ich keine Ahnung habe? *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Aber, Herr Abgeordneter, die Frage des Fremdenverkehrs ist eine ganz bedeutende Frage. Wenn es eine große Alternative im Berggebiet gibt, dann ist es das kombinierte Einkommen über den Fremdenverkehr. Es ist ja auch vernünftiger, daß die Bauern im Berggebiet ein Einkommen gewissermaßen im eigenen Hof haben, daß sie also nicht weiß Gott wohin arbeiten gehen müssen.

Ich kann Ihnen mitteilen, daß in den Bergbauernbetrieben des Alpengebietes die Einnahmen aus der Gästebeherbergung etwas über 5 000 S je Familienarbeitskraft ausgemacht haben; im Wald- und Mühlviertel nur knappe 600 S. Da sieht man, daß diese Frage doch von sehr großer Bedeutung ist.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Wir gelangen zur 5. Anfrage: Herr Abgeordneter Parnigoni *(SPÖ)* an den Herrn Bundesminister.

169/M

In welchem Umfang hat sich das Grenzlandsonderprogramm für die Waldviertler Landwirte ausgewirkt?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Drei Viertel der Mittel aus dem Grenzlandsonderprogramm gehen in das Waldviertel, das sind 22 Millionen Schilling. Wir haben jährlich etwa 1 000 Agrarinvestitionskredite mit einem Kreditvolumen von 250 Millionen Schilling, die in das Waldviertel gehen. Es ist damit ganz sicher möglich gewesen, nicht nur die bäuerlichen Betriebe besser auszustatten, es hat sich auch die Infrastruktur durch diese agrarische Maßnahmen im Waldviertel erheblich verbessert.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Parnigoni**: Herr Bundesminister! Insgesamt wurden 1983 zirka 6 Milliarden Schilling für Förderungsmittel für die Landwirtschaft seitens des Staates zur Verfügung gestellt.

Ich möchte auch feststellen, daß gerade in vom Standort, vom Klima und auch von der Lage her benachteiligten Regionen besonders differenzierte Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft notwendig sind, und ich möchte in diesem Zusammenhang fragen: Gibt es auch eine regionale Abstimmung der Förderungsrichtlinien?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ja, das ist ja ein ganz wesentlicher Teil dieser Programme. Eine regionale Maßnahme sind ja die Grenzlandsonderprogramme insgesamt, die von Oberösterreich beginnend über Niederösterreich, das Burgenland, die Steiermark und Kärnten die gesamte Grenze betreffen, die nicht sehr belebt ist, wenn ich mich so ausdrücken darf.

Wir haben erst kürzlich ein Sonderprogramm für Osttirol vereinbart. Und für Niederösterreich darf ich doch darauf hinweisen, daß es das eigene Waldviertel-Sonderprogramm auch gibt, daß wir ein Wachau-Programm haben und für andere Regionen gezielte Maßnahmen setzen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage. Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Parnigoni**: Herr Bundesminister! Sie haben schon erwähnt, daß vom Anteil der AI-Kredite, der für Niederösterreich vorgesehen ist, ein besonderer Anteil auch in das Waldviertel geht.

Können Sie mir nun auch noch sagen, in welchem Umfang die Mittel aus dem Bergbauern-Sonderprogramm in das Waldviertel fließen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ja das wird schwer so herauszurechnen sein, das ist ein bisschen ein Problem.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Flicker. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Flicker** (ÖVP): Herr Minister! Sie sagten gerade vorhin, Sie seien der längst gediente Landwirtschaftsminister in Europa. Ich muß sagen, die Bauern spüren das leider, indem sie mit ihrem Einkommen immer weniger auskommen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Wir haben den höchsten Anteil an Nebenerwerbsbauern in Europa, weil die Bauern von ihren Betrieben nicht mehr leben können. Das sind die Auswirkungen Ihrer Politik. (*Neuerliche Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Zu meiner Frage: Das Grenzlandsonderprogramm, das hier zur Debatte steht, wurde 1974 über Initiative Niederösterreichs geschaffen. Allerdings hat der Bund jede Weiterentwicklung vermissen lassen. Ja Sie, Herr Minister, haben im Vorjahr die Mittel für Strukturverbesserung im Grenzland zur Gänze gestrichen.

Die Auswirkungen Ihrer und der Regierungspolitik sind so, daß in den vier Bezirken des Waldviertler Grenzlandes in den letzten zehn Jahren 2 500 bäuerliche Betriebe zugrunde gegangen sind. Das sind so viele (*Ruf bei der SPÖ: Frage!*) — und damit komme ich zur Frage —, wie ein Bezirk wie Horn überhaupt an Betrieben hat. Und wenn man das auf einen Bezirk konzentrieren würde, wäre der heute völlig ausgerottet von bäuerlichen Betrieben.

Ich frage Sie daher: Werden Sie endlich Folgerungen daraus ziehen und neue wirksame Maßnahmen für die Grenzlandbauern dem Parlament vorlegen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister. Bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Ich frage mich nur, warum

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

nicht vor 1970 gemeinsam mit dem Bund Grenzlandsonderprogramme eingeführt wurden. (*Beifall bei der SPÖ.*) Darf ich ausnahmsweise auch eine Frage stellen.

Und noch eine Feststellung: Daß es in Österreich sehr viele Nebenerwerbsbetriebe gibt, das ist doch eine Folge der Agrarstruktur. Dort, wo die Betriebe klein sind (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Schweiz!*) — die Schweiz hatten ein Anerbengebiet, schauen Sie bei uns das Anerbengebiet in Tirol an —, haben wir weniger Probleme, gehen Sie ins Realteilungsgebiet wie ins Oberinntal oder ins Burgenland, haben Sie eine andere Agrarstruktur und mehr Nebenerwerbsbauern. So kann man ja nicht argumentieren.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir diese bewährte Grenzlandförderung fortsetzen werden. Ich würde mir nur wünschen, wenn die Landesagrarreferenten in der Lage wären, ihre Budgetmittel wenigstens zu halten. Auch der Niederösterreicher war dazu nicht in der Lage. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Nächste Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer. Bitte.

Abgeordneter **Hintermayer (FPÖ):** Herr Bundesminister! In Niederösterreich möchte man den Anschein erwecken, als ob der Landwirtschaftsminister für Niederösterreich überhaupt nichts übrig hätte.

Ich möchte Sie deshalb fragen: Wie hat sich der Bergbauernzuschuß des Bundes im Verhältnis zur Bewirtschaftungsprämie des Landes entwickelt?

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Ich darf Ihnen sagen, daß in Niederösterreich etwa 10 000 Bergbauernbetriebe vom Bund rund 62 Millionen Schilling an Bergbauernzuschüssen bekommen haben. Die Ausgleichszahlung des Landes erhielten etwa 20 000 Betriebe; die Summe betrug 37 Millionen Schilling, das ist also etwas mehr als die Hälfte der Leistung des Bundes.

Die Entwicklung sieht so aus, daß zuerst die Landesleistung höher war, sie ist inzwischen von Jahr zu Jahr geringer geworden, eingefroren. Die Bundesleistung ist gestiegen.

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Weitere

Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Windsteig. Bitte.

Abgeordneter **Windsteig (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Bundesminister! Zuerst ein ganz kurzes Wort an den Abgeordneten Flicker. (*Ruf bei der SPÖ: Aber ganz kurz!*) Ihm dürfte entgangen sein, daß Kreisky bereits in den sechziger Jahren in Niederösterreich den Niederösterreichplan, ein Grenzlandprogramm, unter anderen mitinitiiert hat, und die sozialistische Bundesregierung hat das Grenzland-Sonderprogramm gemacht.

Im Rahmen dessen, Herr Bundesminister, kam es dann auch zu dem detaillierten Waldviertel-Sonderprogramm.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wie ist die Auswirkung des Waldviertel-Sonderprogramms auf die Landwirte im einzelnen?

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Ich darf Ihnen sagen, daß 10 Millionen an Bundesmitteln aufgewendet werden. Dem stehen natürlich die Landesmittel gegenüber; das füge ich gerne hinzu. 5 Millionen werden für die Verkehrserschließung verwendet und 5 Millionen für die einzelbetriebliche Investitionsförderung.

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Wir gelangen zur 6. Anfrage: Herr Abgeordneter Hintermayer (*FPÖ*) an den Herrn Bundesminister.

170/M

Werden bereits 1984 die Hofübernehmer durch die Agrarinvestitionskreditaktion besonders berücksichtigt?

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Herr Bundesminister, darf ich bitten.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden:** Herr Abgeordneter! Die Frage der Hofübernehmer wurde im Sommer des Vorjahres im Rahmen einer Enquete eingehend diskutiert und geprüft. Den Vorsitz führte Herr Staatssekretär Murer.

Das Ergebnis dieser Enquete — ich darf das zusammenfassen — bestand darin, daß innerhalb von fünf Jahren ab Hofübernahme der Hofübernehmer für eine Maßnahme einen Agrarinvestitionskredit mit einem 50prozentigen Zuschuß zu den jeweiligen Zinsen in

2946

Nationalrat XVI. GP — 35. Sitzung — 23. Feber 1984

Bundesminister Dipl.-Ing. Haiden

Anspruch nehmen kann; unbürokratisch einfach.

Wir beraten derzeit die Durchführungsmaßnahmen.

Kreditanträge von Hofübernehmern werden auch besonders berücksichtigt, sodaß die Wartezeiten kürzer sind. Das scheint mir eine wesentliche Erleichterung für die Hofübernehmer zu sein.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter, bitte.

Abgeordneter **Hintermayer**: Herr Bundesminister! Welcher Personenkreis wird in die Aktion einbezogen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Die Verwandten in absteigender Linie, wenn ich das so ausdrücken darf, also die Söhne und Töchter, je nachdem, wer den Hof übernimmt.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zweite Zusatzfrage: Bitte.

Abgeordneter **Hintermayer**: Wird durch Beratung sichergestellt, daß keine unüberlegten Investitionen vorgenommen werden?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Das muß selbstverständlich geschehen. (*Zwischenrufe.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Eine weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Ortner.

Abgeordneter Mag. **Ortner** (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Die Frage der Hofübernahme spielt ja nicht nur im finanziellen Bereich eine Rolle, aber ich glaube, dies ist einer der wesentlichsten Bereiche.

Eine wesentliche Rolle spielen auch die Belastung des Hofübernehmers durch Übernahme von Hofschulden und die Einbeziehung dieser Hofschulden in die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer. Es ist daher bei Übergaben die Belastung durch die Grunderwerbsteuer schon ein sehr wesentlicher Faktor.

Ich frage Sie, Herr Minister: Ist in der Frage der Grunderwerbsteuerzurechnung von

Hofschulden in der Zwischenzeit eine Klärung herbeigeführt worden?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: In dieser Frage werden derzeit auf Beamtenebene Gespräche mit dem Finanzministerium geführt; ich kann Ihnen noch nicht mehr sagen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Weitere Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Remplbauer. — Bitte.

Abgeordneter **Remplbauer** (SPÖ): Herr Bundesminister! Es ist natürlich klar, daß Hofübernehmer einer besonderen Förderung bedürfen, vor allem dort, wo die Produktionsbedingungen schwierig sind und wo die Betriebsgröße eben nicht ausreichend ist.

Eine bedeutende Hilfe für diese Landwirte stellt generell auch die Regionalförderung der Bundesregierung dar.

Ich darf Sie daher fragen: Werden Hofübernehmer auch in die Regionalförderung einbezogen?

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Natürlich nehmen sie auch an der Regionalförderung teil.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Zusatzfrage: Herr Abgeordneter Hietl. — Bitte.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich möchte vorerst zur Frage, warum es nicht vor 1970 Grenzland-Sonderprogramme gegeben hat, Stellung nehmen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen — die entsprechenden Zahlen sind eindeutig beweisbar —, daß vor 1970 das Einkommen des Bauern gegenüber dem anderer Berufsstände wesentlich günstiger war, während es sich heute mehr als halbiert hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Ihre Behauptung stimmt nicht, Herr Abgeordneter. Sie ist absolut unrichtig.

Abgeordneter **Hietl**: Ich habe die Feststel-

Hiedl

lung gemacht, ich möchte meine Zusatzfrage dahin gehend stellen, daß der Herr Minister auf die Frage des Herrn Abgeordneten Hintermayer betont hat, daß man ab 1984 beabsichtigt, für junge Hofübernehmer einen AIK zu geben. Niederösterreich — die gute Agrarpolitik Niederösterreichs! — gibt bereits seit vielen Jahren einen zusätzlichen zweiprozentigen Zinszuschuß für junge Hofübernehmer in rascher Folge.

Wie lange wird die Wartezeit für den geplanten AI-Kredit für Jungübernehmer seitens des Bundes sein? Wird das auch eineinhalb Jahre dauern? — Damit wäre einem Jungübernehmer nicht geholfen.

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dipl.-Ing. **Haiden**: Herr Abgeordneter! Niederösterreich macht fast nichts für die Agrarkredite, während der Bund Millionen und Millionen ausgibt. (*Abg. Hiedl: Das ist ungeheuerlich! — Abg. Brandstätter: Das ist eine ungeheuerliche Polemik!*) Das ist nicht ungeheuerlich, das ist eine Tatsache! Was macht denn Niederösterreich für Agrarinvestitionskredite? Das finanziert doch alles der Bund! Sie haben einige kleine Einzelmaßnahmen und nicht mehr, und das ist eine davon. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Die 60 Minuten der Fragestunde sind abgelaufen.

Die jetzt nicht mehr zum Aufruf gelangten Anfragen werde ich am Beginn der nächsten Fragestunde zum Aufruf bringen.

Zuweisungen

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Dem Rechnungshofausschuß

weise ich den in der letzten Sitzung eingebrachten Antrag 79/A der Abgeordneten Dkfm. Dr. König und Genossen betreffend Prüfungsauftrag an den Rechnungshof gemäß § 99 Absatz 1 Geschäftsordnungsgesetz über die Finanzierung des Konferenzentrums durch eine arabische Beteiligung im Vergleich zu einer österreichischen Kreditfinanzierung zu.

Dem Ausschuß für soziale Verwaltung

weise ich ferner die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu, und zwar:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz, mit dem der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte errichtet wird, geändert wird (199 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 und das Opferfürsorgegesetz geändert werden (200 der Beilagen).

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für heute, Donnerstag, den 23. Feber, um 10 Uhr 5 Minuten ein.

Die Tagesordnung ist der im Saal verteilten schriftlichen Mitteilung zu entnehmen.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde eingeleitet.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr 3 Minuten